



THEMA 4: Regionale Konflikte

Lehr- und Lernhilfen

Aktuelle Konfliktherde

Der Zypernkonflikt im Spiegel unterschiedlicher Interessen im östlichen Mittelmeer

von: *Hubert Faustmann*

Die britische Kolonialzeit 1878-1960

Zypern stand in seiner neueren Geschichte bis zur Unabhängigkeit 1960 immer unter fremder Herrschaft. Das hatte vor allem mit seiner strategisch günstigen Lage im östlichen Mittelmeer zu tun, die für die Zyprioten meist Fluch und selten Segen war. Auch als Großbritannien die Insel 1878 unter seine Herrschaft brachte, waren strategische Erwägungen dafür verantwortlich. An der britischen „Lebenslinie“, der Seeverbindung zur wichtigsten Kronkolonie Indien gelegen, war die Kontrolle über die Insel von größter Bedeutung. Ursprünglich als wichtige Militärbasis gedacht, verlor die Insel aber schnell an Wichtigkeit, da Großbritannien 1882 die Kontrolle über den Suez-Kanal übernahm und in Ägypten Militärbasen aufbaute, von denen Alexandria im Unterschied zu Zypern auch über geeignete Hafenanlagen für die britische Flotte verfügte. Von nun an bestand für Jahrzehnte die Bedeutung Zyperns für Großbritannien darin, die drittgrößte Insel des Mittelmeeres keinesfalls in die Hände anderer fallen zu lassen ohne selbst große Verwendung für sie zu haben, außer sie mittels eines Tributes über fünf Jahrzehnte hinweg ökonomisch auf das Übelste auszubeuten.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges - von London endgültig annektiert - spielte sie weder im ersten noch im zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle. Doch nach 1945 eskalierten die Spannungen zwischen der Kolonialmacht und der griechisch-orthodoxen Bevölkerungsmehrheit. Es begann, was heute nach mehreren Metamorphosen noch immer als „Zypernproblem“ die Weltgemeinschaft beschäftigt.

Die Wurzeln dieses Konflikts reichen bis zum Beginn der britischen Kolonialherrschaft zurück. Mit Großbritannien hatte ein Land die Kontrolle über die Insel übernommen, das geographisch nicht Teil der Region war und Zypern daher nicht für immer regieren würde. Die etwa 80% der Bevölkerung stellende griechisch-orthodoxe Bevölkerungsmehrheit erwartete, dass nach dem Ende der britischen Kolonialzeit die Vereinigung der Insel mit Griechenland folgen werde.

Eine solche Vereinigung war aber für die weniger als 20% umfassende türkisch-zypriotische Bevölkerungsminderheit nie akzeptabel, war Griechenland doch stets der Erzfeind des Osmanischen Reiches, beziehungsweise nach 1923 der Türkei. Die inseltürkische Führung widersetzte sich den von den Führern der Inselgriechen immer wieder vorgetragenen Vereinigungswünschen von Anfang an entschieden.

Bereits in den 20er Jahren hatte sich der Konflikt zu verschärfen begonnen, als Teile der griechisch-zypriotischen Führung auf Konfrontationskurs mit der britischen Kolonialmacht gingen, der 1931 in einem kurzlebigen und erfolglosen Aufstand gipfelte. Der Aufstand hatte das Ende der relativ liberalen britischen Herrschaftspraxis zur Folge und erst im zweiten Weltkrieg lockerten die Briten ihr straffes Regiment und erlaubten der zypriotischen Bevölkerung wieder, sich politisch zu betätigen. Mit dem Ende des Krieges sahen sich die Kolonialherren mit der von ihnen selbst zuvor geschürten Erwartung konfrontiert, nun Enosis, die Vereinigung mit dem griechischen „Mutterland“, zu erlauben.

Aber London hatte mit Zypern andere Pläne. Schnell wurde klar, dass sich die einstige Weltmacht Großbritannien als Ordnungsmacht auf den Nahen und Mittleren Osten konzentrieren würde. Und bei dieser strategischen Neuorientierung spielte Zypern eine zentrale Rolle. Während viele Kolonien der Unabhängigkeit entgegengingen, wurde Zypern zur strategischen Kolonie erklärt, für die ein Ende der britischen Herrschaft nicht in Frage kam. Stattdessen wurde den Zyprioten eine weitgehende Selbstverwaltung unter britischer Oberherrschaft angeboten.

Gleichzeitig hatte sich auch in der Folge des griechischen Bürgerkrieges (1946-1949) die Spaltung der griechisch-zypriotischen Volksgruppe in ein linkes und rechtes Lager vertieft, deren Führungen sich einen erbitterten Machtkampf lieferten. Getrieben von der britischen Weigerung, die Insel jemals in die Unabhängigkeit zu entlassen und dem internen Machtkampf, in dem beide Seiten die Führung in der Enosis-Frage beanspruchten, eskalierte die politische Lage auf Zypern unter Führung des charismatischen Erzbischofs Makarios III. die Lage. Zum einen zwang er die Regierung in Athen die Zypernfrage 1954 vor die Vereinten Nationen zu bringen, zum anderen begann die Untergrundorganisation EOKA 1955 den bewaffneten Kampf gegen die Briten.

London reagierte auf die Internationalisierung der Zypernfrage und den EOKA-Kampf, indem es die Türkei zum strategischen Gegenspieler der griechischen Seite aufbaute. Eine Fortsetzung der eigenen Kolonialherrschaft sollte der Weltgemeinschaft als einzige Möglichkeit präsentiert werden, einen Bürgerkrieg auf Zypern und einen Krieg zwischen Griechenland und der Türkei um die Insel zu verhindern.

Ankara musste umgekehrt auch nicht lange um ein größeres Interesse an der Insel gebeten werden. Da Zypern nur 65 Kilometer von der Südküste der Türkei entfernt liegt, war von jeher die Vorstellung, dass Zypern in die Hände des Erzfeindes Griechenland übergehen könnte, ein Alptraum für das türkische Militär und die politischen Eliten. Zudem konnte das Schicksal der türkisch-zypriotischen Minderheit, die sich mit der Türkei als "Mutterland" identifizierte, keiner türkischen Regierung egal sein. Historisch begründete Ankara vor den Vereinten Nationen seinen Anspruch, dass die Insel nach dem Ende der britischen Kolonialzeit an die Türkei fallen sollte, auch mit der über 300jährigen Osmanischen Herrschaft über die Insel vor 1878. Zudem sei die Insel geographisch Fortsatz und damit Teil der anatolischen Halbinsel.

Während des fast fünfjährigen EOKA-Kampfes veränderten sich die Rahmenbedingungen entscheidend. Großbritannien entschied sich 1957 für eine Neuorientierung seiner Sicherheits- und damit auch seiner Zypernpolitik. Als Nuklearmacht war London nun bereit die Herrschaft über ganz Zypern aufzugeben. Der Preis waren zwei souveräne Militärbasen auf Zypern und diverse militärische Anlagen. Gleichzeitig hatte London aber die politische Lage nicht mehr unter Kontrolle. 1956 hatte die britische Regierung der türkisch-zypriotischen Minderheit ein eigenes Recht auf Selbstbestimmung zugestanden, um den griechisch-zypriotischen Forderungen auf Selbstbestimmung entgegenzutreten und die Fortsetzung ihrer Kolonialherrschaft als einzige Alternative zur Teilung der Insel festzuschreiben.

Aber die türkische Seite arbeitete seither an der Teilung der Insel, deren Nordteil Ankara annektieren wollte, um die strategische Kontrolle über die Insel sicherzustellen. Der Südteil sollte dann als Ausgleich mit Griechenland vereinigt werden. Eine Teilung der Insel, auf der die beiden Volksgruppen miteinander vermischt lebten, war aber für die griechische Seite völlig inakzeptabel, die sich mit ihrer 80-prozentigen Bevölkerungsmehrheit als rechtmäßige Herrscher empfanden und den türkischen Zyprioten nicht mehr als einen privilegierten Minderheitenstatus zuerkannten. Folglich eskalierten auf Zypern die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen, die 1957 und vor allem 1958 in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gipfelten, von denen sich ihr Verhältnis nie mehr erholen sollte.

Überraschend, aber wohl vor allem angesichts der in der UNO geschmiedeten Allianzen und der sich verschlechternden regionalen Sicherheitslage im Nahen Osten, kam es 1959 schließlich zu einem Kompromiss, den keine der Konfliktparteien wirklich gewollt hatte: der Unabhängigkeit der Insel. Die türkisch-zypriotische Seite wurde als zweite, politisch nahezu gleichgestellte Volkgruppe in einem komplexen politischen System verankert, das ihnen weit reichende Privilegien und Veto-Rechte

einräumte. Großbritannien, Griechenland und die Türkei wurden Garantiemächte der Verfassungsordnung, die auch die Vereinigung der Insel mit Griechenland oder der Türkei ausschloss. Die Briten erhielten ihre souveränen Militärbasen und Militäreinrichtungen, während Griechenland und die Türkei 950 bzw. 650 Soldaten auf der Insel stationieren durften.

Der Zypernkonflikt von der Unabhängigkeit bis zur Teilung der Insel 1960-1974

Nur drei Jahre nach der Unabhängigkeit brach im Dezember 1963 die verfassungsmäßige Ordnung zusammen, als die griechisch-zypriotische Führung unter dem Präsidenten und Erzbischof Makarios versuchte eine Verfassungsänderung herbeizuführen, die die türkisch-zypriotische Volksgruppe politisch ihrer neu gewonnenen Rechte und Privilegien weitgehend beraubt und auf einen Minderheitsstatus reduziert hätte. Die türkisch-zypriotische Führung war an dieser Entwicklung nicht völlig schuldlos, hatte sie doch griechische Versuche, umstrittene Fragen im griechisch-zypriotischen Sinne zu lösen, starrköpfig blockiert, obwohl es darunter auch für beide Seiten praktikable Gesetze gab. Problemfelder waren besonders: Die Inseltürkische Forderung nach Beibehaltung der getrennten Stadtverwaltungen, die Einführung einer gemeinsamen Armee, oder eine 30% Job-Garantie für türkische Zyprioten im öffentlichen Dienst. Außerdem hatte die Nummer zwei der türkischen Zyprioten, Rauf Denktasch, der den griechischen Zyprioten zu Recht nicht traute, keine Gelegenheit ausgelassen, seine auf die Teilung der Insel ausgerichtete Politik fortzusetzen und die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen zu verstärken.

Erneut kam es 1964 zum Bürgerkrieg, dem mehr als 500 Menschen zum Opfer fielen. Tausende türkische Zyprioten flohen vor griechisch-zypriotischen Übergriffen in Enklaven, die nur etwa 3% des Inselterritoriums ausmachten, aber in denen nun fast die Hälfte aller türkischen Zyprioten unter zeitweilig elenden Lebensbedingungen hauste. Die Enklaven wurden von griechisch-zypriotischen und bald auch von tausenden festlandgriechischen Soldaten eingeschlossen, die auf die Insel eingeschleust wurden. Seit Ende 1963 gibt es keine zypriotischen Türken in der Regierung und Verwaltung mehr, während die nunmehr rein griechisch-zypriotische Regierung bis heute als alleinige Regierung der Republik Zypern von der Staatengemeinschaft anerkannt bleibt. Umgekehrt hoffte die türkisch-zypriotische Führung vergeblich auf eine Invasion von Seiten der Türkei, um ihre Wunschvorstellung, die Teilung der Insel, gewaltsam herbeizuführen. Auch deshalb lehnte sie alle Versuche, sie 1964 wieder ins Regierungssystem zu integrieren ab und baute innerhalb der Enklaven eigene Verwaltungsstrukturen auf, nachdem die USA 1964 einen türkischen Invasionsversuch unterbunden hatten.

Erneut führten die Ereignisse auf Zypern – sehr zum Ärger der USA und Großbritanniens – beinahe zu einem Krieg zwischen den NATO-Mitgliedsstaaten Türkei und Griechenland. Versuche der USA und Großbritanniens eine Friedenstruppe aus NATO- oder Commonwealth-Mitgliedsstaaten nach Zypern zu entsenden scheiterten auch am Widerstand des griechisch-zypriotischen Präsidenten Makarios. Der war innenpolitisch auf die Unterstützung durch die starke kommunistische Partei Zyperns (AKEL) angewiesen und verfolgte eine neutralistische Außenpolitik, die vor allem den USA ein Dorn im Auge war. Auch deshalb wollte Makarios zunächst überhaupt keine Friedenstruppe im Land, sondern hoffte die Probleme im eigenen Sinne selbst lösen zu können. Die Kompromisslösung war schließlich die Entsendung der UNFICYP (United Nations Force in Cyprus), einer UNO-Friedenstruppe, die seit 1964 auf der Insel stationiert ist.

Der spannungsgeladene Status quo auf der Insel, der allerdings nach 1964 nur noch vereinzelt zu Auseinandersetzungen führte, hielt bis 1967. In Griechenland hatte eine Militärjunta die Macht übernommen und auch die Spannungen auf der Insel nahmen wieder zu. Als 1967 ein lokaler Konflikt um eine türkisch-zypriotische Enklave eskalierte und dort zu einem griechisch-zypriotischen Angriff führte, begann die Türkei erneut mit Invasionsvorbereitungen und übermittelte ein Ultimatum. Unter massivem Druck der USA gaben die Junta und die griechisch-zypriotische Regierung nach. Die meisten griechischen Soldaten wurden abgezogen, der Oberkommandierende der griechischen und griechisch-zypriotischen Streitkräfte, der ehemalige Führer der EOKA, General George Grivas musste die Insel verlassen.

Nach 1967 änderte sich die Lage auf der Insel. Makarios geriet zunehmend in Konflikt mit der Junta in Griechenland. Viele griechische Zyprioten kamen unter der Führung von Makarios nun zu der Einsicht, nicht mehr länger die Vereinigung der Insel mit Griechenland anzustreben, sondern ein funktionierendes zypriotisches Gemeinwesen aufzubauen, in dem den türkischen Zyprioten ein privilegierter Minderheitenstatus zugesichert war. Verhandlungen zwischen beiden Volksgruppen begannen, die letzten Reste des Wirtschaftsembargos, welches die griechischen Zyprioten über die Enklaven verhängt hatten, wurde aufgehoben. Dennoch gelang es bis 1974 nicht zu einer Einigung zu kommen, obwohl sich Griechenland und die Türkei in die Verhandlungen einschalteten und die USA und Großbritannien signalisierten, dass sie jeder Einigung zwischen den beiden Seiten zustimmen würden.

Parallel zu den Verhandlungen verschlechterte sich das Klima zwischen Makarios und der griechischen Militärjunta weiter. Grivas kehrte 1971 auf die Insel zurück und übernahm die Führung der EOKA B, einer Untergrundorganisation, die es sich zum Ziel setzte, Makarios zu stürzen und die Vereinigung mit Griechenland zu erreichen.

Der blutige Konflikt innerhalb der griechisch-zypriotischen Volksgruppe sowie die Auseinandersetzung zwischen Makarios und der griechischen Junta kulminierten am 15. Juli 1974 in einem Staatsstreich. Makarios überlebte und konnte von der Insel fliehen. Aber der Coup d'état von Enosis-Anhängern und die Ernennung des als „Türkenkiller“ bekannten Nicos Sampson zum Staatspräsidenten durch die griechischen und griechisch-zypriotischen Putschisten, war eine grobe Provokation für die Türkei, die ohnehin schon lange auf eine Gelegenheit zu einer Lösung der Zypernfrage in ihrem Sinne gewartet hatte.

Unter Berufung auf den Status der Garantiemacht landeten am 20. Juli türkische Truppen im Norden der Insel. Bereits zwei Tage später kam es zu einem Waffenstillstand und die Konfliktparteien begannen Verhandlungen in Genf. Am 23. Juli stürzte die Militärjunta in Athen, der Putsch gegen Makarios brach in sich zusammen. Obwohl der eigentliche Anlass für das türkische Eingreifen beseitigt war, befahl Ankara am 14. August die Fortsetzung der Militäroperation. Nun wurde klar, dass die Türkei keine Intervention mit dem Ziel durchführte, die verfassungsmäßige Ordnung von 1960 wieder herbeizuführen, sondern ihr Eingriffsrecht missbrauchte, um die Teilung der Insel anzustreben. Binnen drei Tagen besetzten türkische Truppen 36,3% des Inselterritoriums, weiter 3,7% wurden nach der Invasion zur neutralen Zone unter UNO-Kontrolle erklärt. Die türkische Armee vertrieb bei ihrem Vormarsch mit brutaler Gewalt die griechisch-zypriotische Bevölkerung. Tausende starben und etwa 160.000 griechische Zyprioten wurden dauerhaft zu Flüchtlingen, die ihre Häuser jahrzehntelang nicht mehr wieder sehen würden. Teile der griechischen Zyprioten reagierten mit blutigen Ausschreitungen gegenüber den Inseltürken, die viele zur Flucht in die beiden britischen Militärbasen veranlasste. Ein Bevölkerungsaustausch 1975 schloss den Prozess der ethnischen Trennung der beiden Volksgruppen ab, der bis heute Bestand hat.

Zypern - nach der Teilung und vor der Wiedervereinigung? 1974-2005

1977 und 1979 einigten sich die Konfliktparteien auf die Grundzüge einer künftigen Lösung des Zypernproblems. Die Insel sollte auf der Basis einer bikommunalen, bizonalen Föderation wiedervereinigt werden. Für fast drei Jahrzehnte war dies der einzige wirklich substantielle Fortschritt in der Zypernfrage, obwohl sich die Vereinten Nationen und ihre Generalsekretäre stets um eine Lösung bemüht haben. 1983 erklärte der von Rauf Denktasch geführte Nordteil der Insel seine Unabhängigkeit, aber die „Türkische Republik Nordzypern“ wird bis heute nur von der Türkei anerkannt, die ohnehin de facto die Kontrolle über den Norden ausübt und dort über 30.000 Soldaten dauerhaft stationierte. Gleichzeitig wurden systematisch Festlandtürken angesiedelt, während viele türkische Zyprioten den isolierten und später unter einem Wirtschaftsembargo stehenden Norden verließen. Für die Türkei und Rauf Denktasch war das Zypernproblem durch die Teilung gelöst. Jahrelang konnte man sich darauf verlassen, dass die türkische Seite zwar um des Verhandelns willen verhandeln, aber nie einer Übereinkunft zustimmen würde, während die griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer sich meist – aber auch nicht immer – ernsthaft um eine Lösung bemühten. So wurde das Zypernproblem zu einem vergessenen Konflikt, der erst wieder durch den Beginn von Beitrittsverhandlungen zwischen der griechisch-zypriotischen Republik Zypern und der Europäischen Union eine neue Dynamik entwickelte.

1998 begannen die Beitrittsverhandlungen mit der griechisch-zypriotischen Regierung der Republik Zypern, die in den Augen der internationalen Gemeinschaft ganz Zypern repräsentiert. Für die EU-Ambitionen der Türkei war dies ein herber Rückschlag. Von nun an war klar, dass eine Lösung des Zypernproblems gefunden werden musste, sollte die Türkei wirklich der EU beitreten wollen. Gleichzeitig hatte sich auf griechischen Druck hin die widerstrebende Europäische Union das Zypernproblem aufgeladen und war nun hektisch bemüht, eine Lösung vor einem Beitritt der Insel herbeizuführen. Intensive Verhandlungen begannen unter Federführung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, der von den USA, den Briten und der EU unterstützt wurde. Zum ersten Mal sollte ein umfassender Lösungsplan erarbeitet werden, der alle Aspekte der Zypernfrage regelte.

Im Jahr 2002 begannen dann auf türkischer Seite politische Transformationen, die die traditionelle Gewissheit über die intransigente Haltung der Türkei und der türkisch-zypriotischen Führung erschütterte. 2002 und 2003 kam es zu Massendemonstrationen gegen Denktasch, dessen Status quo-orientierte Politik von der überwältigenden Mehrheit der türkischen Zyprioten nicht mehr länger mitgetragen wurde. Frustriert von der eigenen Isolation, der miserablen wirtschaftlichen Lage, der Gängelung durch die Türkei aber vor allem getragen von der Aussicht, im Falle einer Lösung des Zypernkonfliktes selbst der EU beitreten und einen ähnlichen Wohlstand wie den im Süden erreichen zu können, wandten sich die türkischen Zyprioten von ihrem starrsinnigen Führer ab und einer Wiedervereinigung der Insel zu.

Infolge der angespannten Lage trat Denktasch dann die Flucht nach vorne an und öffnete im April 2003 völlig überraschend die "Grüne Linie", die die beiden Ethnien seit Dezember 1963 voneinander getrennt hatte. Erstmals seit 1974 konnten die Zyprioten wieder den jeweils anderen Teil der Insel besuchen. Ebenso bemerkens- wie ermutigenderweise kam es seither zu keinerlei erwähnenswerten Zwischenfällen. Im Dezember 2003 gewann der für eine Lösung stehende Oppositionspolitiker Mehmet Ali Talat die Parlamentswahlen und ersetzte kurz darauf Denktasch als Verhandlungsführer der türkischen Zyprioten. Dieser Führungswechsel in dem politisch und wirtschaftlich völlig von der Türkei abhängigen Norden war durch einen Politikwechsel in Ankara möglich geworden.

Die 2002 gewählte Regierung um Recep Tayip Erdogan hatte schon bald nach der Regierungsübernahme klar gemacht, dass sie sich im Unterschied zu ihren Vorgängern ernsthaft um eine Lösung des Zypernproblems bemühen würde, dem größten Stolperstein auf dem Weg der Türkei in die EU.

Ironischerweise ging der politische Trend auf der griechisch-zypriotischen Seite in die entgegengesetzte Richtung. Anfang 2003 hatte der moderate und für eine Lösung stehende Präsident der Republik Zypern, Glafkos Clerides, die Präsidentschaftswahlen gegen den als Hardliner geltenden Tassos Papadopoulos verloren. Dies war ein erstes Anzeichen dafür, dass die Zustimmung der griechischen Insulaner zu einer Lösung des Zypernproblems auf der Basis der UN-Vorschläge nicht so selbstverständlich sein würde, wie von der internationalen Gemeinschaft erwartet. Im Februar 2004 kamen die Verhandlungen zum Abschluss. Kofi Annan durfte Fragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, selbst regeln. Die fünfte Version des so genannten Annan-Planes sollte beiden Volksgruppen in einem zeitgleich stattfindenden Referendum wenige Tage vor der Aufnahme der Republik Zypern in die EU vorgelegt werden, um den Beitritt beider Inselteile zu ermöglichen und der EU das Zypernproblem zu ersparen.

Während die türkische Regierung und Talat ausdrücklich um Zustimmung zum Annan-Plan warben und die griechische Regierung verhalten positiv reagierte, empfahl Tassos Papadopoulos in einer emotionalen Fernsehansprache die Ablehnung des Plans. Am 24. April nahmen die türkischen Zyprioten erwartungsgemäß mit 65 Prozent der Stimmen den Annan Plan an. Schockiert und vielfach überrascht musste die Weltöffentlichkeit aber die 76 Prozent Nein-Stimmen auf der griechisch-zypriotischen Seite zur Kenntnis nehmen. Die bislang beste Möglichkeit, die Teilung der Insel zu überwinden, war verpasst worden. Es hagelte heftige Kritik von Seiten der meisten auswärtigen Beobachter und Politiker am deutlichen inselgriechischen Nein.

Auch wenn diese Kritik in vielen Punkten gerechtfertigt war, und wenn man unterstellt, dass Papadopoulos weiterhin einen griechisch-dominierten Staat anstrebt und nicht konstruktiv verhandelt hat, so übersahen viele Analysten dennoch, dass der – in vielen Punkten realistische, faire und brillante –

Annan-Plan in einigen wesentlichen Bestandteilen, die vor allem Sicherheitsaspekte betrafen, bei weitem nicht das ausgewogene Dokument war, als das ihn seine Schöpfer verkauften. Es war der Türkei vor allem in der Schlussphase der Verhandlungen gelungen, in substantiellen wie auch hochsymbolischen Fragen ihre Positionen durchzusetzen.

Die britischen, amerikanischen und europäischen UN-Diplomaten glaubten, mit dem Zugeständnis

- einer dauerhaften Präsenz der türkischen Armee auf der Insel
- einem Interventionsrecht der Türkei und
- einer Einbürgerung aller vom türkischen Festland stammenden Siedler

die Zustimmung der Türkei und der türkischen Zyprioten zu erreichen. Sie übersahen dabei aber, dass gerade diese Zugeständnisse für die griechischen Zyprioten inakzeptabel waren oder zumindest als unannehmbar empfunden wurden.

Die problematische Verhandlungsführung von Papadopoulos, der – mit der Gewissheit um die eigene EU-Mitgliedschaft in der Tasche – wie viele seiner Landsleute auf eine vorteilhaftere Lösung zu einem späteren Zeitpunkt spekulierte, trug dazu sicher auch ihren Teil bei. Dennoch, bei einer nüchternen Analyse – die in der kurzen und hoch emotionalisierten Phase vor dem Referendum ohnehin kaum möglich war – zeigte sich, dass man als griechischer Zypriote eben kein Hardliner oder Gegner einer “realistischen“ Lösung des Zypernproblems sein musste, um diesen Plan abzulehnen. Genauso richtig ist, dass viele der von den Gegnern des Plans vorgebrachten Gründe, wie auch der hohe Prozentsatz an Nein-Stimmen, Zweifel aufkommen lassen, ob die Mehrheit der griechischen Zyprioten überhaupt gewillt ist, einer zukünftigen Lösung des Konflikts zuzustimmen, selbst wenn ein neuer Annan-Plan in einigen hochsensiblen Punkten ausgewogener wäre.

Am 1. Mai 2004 trat dann formal ganz Zypern, de facto aber nur der griechisch kontrollierte Teil, der Europäischen Union bei. Spätestens seit diesem Zeitpunkt hat die Europäische Union ein Zypernproblem, das sie bis zu seiner Lösung nicht mehr loswerden wird. Die Entscheidung vom Oktober 2005, mit der Türkei Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft aufzunehmen, stellte sicher, dass das Zypernproblem weit oben auf der Tagesordnung vieler künftiger EU-Gipfel stehen dürfte. Die griechischen Zyprioten werden als Vollmitglied mit Veto-Recht weiterhin versuchen die EU zu instrumentalisieren, um den Beitrittskandidaten Türkei zu Zugeständnissen in der Zypernfrage zu zwingen. Ziel ist wohl, spätestens am Ende des türkischen Beitrittsprozesses in etwa 15 Jahren eine für sie deutlich vorteilhaftere Lösung zu erreichen. Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei und den freien griechisch-zypriotischen Zugang zu türkischen Flug- und Seehäfen auf den EU-Gipfeln im September und Oktober 2005 sind dabei ein erster Vorgeschmack dessen, was auf die EU und die türkische Seite zukommt. Man kann es aber auch positiv sehen: der Beitrittsprozess der Türkei erhöht die Chancen auf eine erfolgreiche Beilegung aller Konflikte, die derzeit noch zwischen Griechenland und der Türkei schwelen und von denen das Zypernproblem nur eines ist.

Die Beitrittsperspektive für Ankara und die damit verbundene Demokratisierung der Türkei wie auch Nordzyperns, das bis zur Talat-Ära an ähnlichen Demokratiedefiziten litt, können bei einer Lösung nur hilfreich sein. Gleichzeitig werden aber viele griechische Zyprioten einen schmerzhaften Veränderungsprozess durchlaufen müssen, sollte ein künftiger Lösungsvorschlag, der sich in vielen Bestimmungen nicht wesentlich vom Annan-Plan unterscheiden wird, unter ihnen eine Chance auf Zustimmung haben. Immerhin, man darf zumindest von der dauerhaften Aussöhnung zwischen allen Konfliktparteien und damit einer friedlichen Zukunft der Region auf der Basis der Werte und des Wohlstandes der europäischen Union träumen. Die Chancen waren noch nie besser, aber das ist keine Gewähr dafür, dass Zypern nicht noch weiterhin Generationen von internationalen Vermittlern zur Verzweiflung bringen wird.

Eine Karte Zyperns befindet sich in der zugehörigen Materialsammlung